

DIE LINKE.

Frage 1 zur Wohnungspolitik

Unter Zustimmung der SPD und der CDU wurden in den Jahren 2004 bis 2007 unter Ex-OB Hoffmann rd. 1.000 Wohnungen der stadt eigenen Nibelungen Wohnungsbaugesellschaft an eine private Wohnungsgesellschaft verkauft. Eine Wohnung kostete etwa 18.000 Euro! Werden der „Nibelungen“ Gelder in vergleichbarer Höhe wieder zugeführt werden, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken? Sollen weitere Wohnungen verkauft werden und wie/wo sollen sozial Schwache zukünftig in der Stadt wohnen können?

Antwort: Zur notwendigen Schaffung von preiswertem Wohnraum muss die Stadt endlich damit beginnen, alle zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen. Damit kommt unserer städtischen Gesellschaft eine herausragende Bedeutung zu, weil hier eine öffentliche Steuerungsmöglichkeit besteht. DIE LINKE. wehrt sich aber dagegen, dass nur die Nibelungen mit den Problemen konfrontiert wird, während alle anderen Marktteilnehmer sich nur mit ihrem Gewinn beschäftigen. Die Stadt muss vielmehr insbesondere über das Planungsrecht alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt zur Schaffung preiswerten Wohnraums verpflichten. Belegrechte müssen durchgesetzt und das Probewohnen endlich ausgeweitet werden.

Frage 2 zur Umweltpolitik

Die Stadt hat in der Vergangenheit Grünflächen in der Innenstadt und an ihrem Rand zur Bebauung freigegeben und an Investoren verkauft. Zum Beispiel den Schlosspark, Kleinpark an der Gördelinger Straße (heute BZ), Krankenhauspark Langer Kamp. Wie sollte die Stadt diesen Verlust unter stadtklimatischen Gesichtspunkten kompensieren und wie werden sie sich verhalten, wenn weitere Investoren auftreten, um bewachsene Flächen zu bebauen?

Antwort: Bei jedem einzelnen Bauvorhaben muss genau zwischen Umweltbelangen und dem Bedarf nach Wohnraum abgewogen werden. In der Vergangenheit war es öfter so, dass weder das eine, noch das andere zählte, sondern ausschließlich die Interessen von Investoren. Damit muss Schluss gemacht werden. Der Kahlschlag am Langer Kamp ist für DIE LINKE. ein Skandal.

Frage 3 zur Kulturpolitik

Die SBK ist für die kulturelle Entwicklung der Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bestimmt durch ihre Förderpolitik mit über das kulturelle Leben der Stadt. Der Landesrechnungshof hat die SBK kritisiert, weil sie erhebliche Mittel nicht im Sinne der Stiftungssatzung vergeben haben soll, indem sie in größerem Umfang Eigenwerbung betrieben hat. Welche Politik, z. B. Personalpolitik, werden sie hinsichtlich der SBK betreiben?

Antwort: Die SBK ist eine eigenständige Stiftung, die unter Landesaufsicht steht. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind also gering. Als Vertreterin oder Vertreter der Stadt würden wir eine Person vorschlagen, die sich in der Stiftung für eine stärkere soziale und ökologische Ausrichtung einsetzt.

Frage 4 zur Kulturpolitik

Die Kultur unserer Stadt wird erheblich durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger in diversen ehrenamtlich geführten Initiativen gestaltet. Diese Initiativen sind oft das Gesicht der Stadt – weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wie werden sie diese Initiativen zukünftig verstärkt fördern, zumal, wenn diese Initiativen öffentlich aktiv zum Wohle der Stadt agieren?

Antwort: Wir haben bereits in der Vergangenheit das gesamte kulturelle Spektrum in Braunschweig unterstützt und so wird es auch bleiben. Kultur für Alle (KufA) eben.

Frage 5 zur Politikentfremdung und Radikalisierung

Welche Planung hat ihre Partei/Gruppierung hinsichtlich der politikverdrossenen Strömungen in der Bevölkerung? Was werden sie den Bürgern außerhalb einer Parteimitgliedschaft anbieten?

Antwort: Beteiligungsmöglichkeiten sind hier sehr wichtig. Auf unsere Initiative wurden u.a. der Bürgerhaushalt und die Informationsfreiheitsgesetz beschlossen. Dies wollen wir ausbauen. Junge Menschen müssen zudem an Politik herangebracht werden, deshalb gilt es die Ergebnisse der Jugendkonferenzen ernst zu nehmen.

Frage 6 zur Finanzpolitik

Nach dem „Finanzwunder von Braunschweig“ ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenlage der Stadt scheint nicht klar zu sein. Wird es einen Kassensturz geben, um die Schulden der Stadt eindeutig beziffern zu können?

Antwort: Einen Kassensturz kann man machen. Doch der wird jeden Tag ein anderes Ergebnis bringen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Braunschweig eine arme Stadt ist und die Haushaltspolitik der letzten Jahre Braunschweig noch ärmer gemacht hat. Dies können wir nur ändern, wenn wir die Einnahmen steigern und Ausgaben, die nicht zur Daseinsvorsorge gehören, senken. Zu beiden Themen hat DIE LINKE. immer wieder Vorschläge gemacht. Zu nennen wäre die Rekommunalisierung von BS Energy, die Einführung einer Kulturförderabgabe, Kostenreduzierungen bei Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, sowie die Abschaffung der Verlustübernahme beim Flughafen. Dies - und alle anderen zielführenden Vorschläge - wurde abgelehnt und stattdessen die Wiedereinführung der Kita-Entgelte, die Anhebung der Grundsteuer und umfangreiche Gebührenerhöhungen beschlossen. Dies führt alles in die falsche Richtung.